

Neue Mehrheit für den Ausstieg

SPIEGEL-Umfrage über Tschernobyl und die Deutschen



69 Prozent: „Die Gefahren sind zu groß“

Der Reaktorunfall in Tschernobyl und seine Folgen haben die Einstellung vieler Bundesbürger zur Kernenergie verändert: Während bei früheren Umfragen eine knappe Mehrheit sich für den weiteren Ausbau der Kernenergie aussprach, ist nun eine große Mehrheit dagegen. Das zeigten die Antworten auf eine Frage, die das Bielefelder Emnid-Institut mehrfach gestellt hat und nun in

der SPIEGEL-Untersuchung vergangene Woche wiederholte: „Über die Atomenergie sagen die einen, wir müssen in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren Atomkraftwerke bauen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Die anderen sagen, die Gefahren sind zu groß, deshalb sollen keine weiteren Atomkraftwerke errichtet werden. Welcher Ansicht stimmen Sie zu?“

Die Ergebnisse der vergangenen Woche und, zum Vergleich, früherer Umfragen: Von je 100 Befragten sind

	April 1980	Oktober 1981	März 1982	Mai 1986
für den Bau weiterer Atomkraftwerke	56	52	52	29
gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke	42	46	46	69

Unterschiede gibt es je nach politischer Einstellung. Gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke sind von je 100

CDU/CSU-Wählern	SPD-Wählern	FDP-Wählern	Grün-Wählern
51	84	41	96

Die Gegner des weiteren Baus von Atomkraftwerken wurden zusätzlich gefragt, „was mit den bereits in Betrieb genommenen Kraftwerken in der

Bundesrepublik geschehen soll“. Von je 100 Kernkraft-Gegnern antworteten

„Sollen sofort stillgelegt werden“	12
„Sollen vorläufig in Betrieb bleiben, und nach einer Übergangszeit stillgelegt werden“	54
„Sollen in Betrieb bleiben“	32

Stärker und schneller als irgendein anderes Ereignis seit Kriegsende hat der Reaktorunfall von Tschernobyl die politische Landschaft in der Bundesrepublik verändert.

Das zeigt eine SPIEGEL-Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts, bei der vom Dienstag bis Donnerstag vergangener Woche 1000 Männer und Frauen interviewt wurden.

Ohne Beispiel ist der Wechsel der Volksmeinung über die Nutzung der Kernkraft, der sich binnen weniger Tage vollzog. Aus einer über viele Jahre stabilen Mehrheit von Befürwortern des Baus weiterer Kraftwerke ist eine Minderheit geworden, von zuletzt 52 Prozent ist deren Zahl auf 29 Prozent gesunken. Dementsprechend ist aus einer Minderheit von Gegnern weiterer Reaktoren eine Zwei-Drittel-Mehrheit geworden. Die neue bundesdeutsche Lösung: Noch mehr Atomkraft – nein, danke.

Eine nicht ganz so große Mehrheit geht noch weiter und spricht sich für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft aus. 12 von 100 Gegnern des weiteren Baus von Kraftwerken wollen die bestehenden Anlagen sofort, 54 von 100 wollen sie „nach einer Übergangszeit“ stilllegen.

Weder der Bau der Mauer in Berlin noch die Kuba- oder die Ölkrise hat die Bundesbürger so beunruhigt wie die Katastrophe in der Ukraine. Alle anderen aktuellen Ereignisse verblissen gegenüber diesem GAU, der 85 Prozent der Bundesbürger „in besonderem Maße be-

56 Prozent: „In sehr hohem Maße beunruhigt“

Emnid bat die 1000 Befragten um Auskunft, „in welchem Maße Sie durch die Meldungen und Berichte über den Reaktorunfall von Tschernobyl und seine Auswirkungen für die Bundesrepublik beunruhigt sind“. Die Befragten sollten sich anhand einer Skala von 1 bis 6 äußern: „Wenn Sie die ‚1‘ wählen, so heißt das, daß Sie überhaupt nicht beunruhigt sind, wenn Sie die ‚6‘ wählen, so heißt das, daß Sie in sehr hohem Maße beunruhigt sind. Mit den anderen Ziffern können Sie differenzieren.“

Es entschieden sich von je 100 Bundesbürgern für

„überhaupt nicht beunruhigt“	„in sehr hohem Maße beunruhigt“
1 2 3 4 5 6	4 3 7 11 19 56

Die höchsten Ziffern „5“ und „6“ wählten von je 100

Bundesbürgern insgesamt	75
Männern	74
Frauen	76
CDU/CSU-Wählern	77
SPD-Wählern	78
FDP-Wählern	69
Grün-Wählern	98

61 Prozent: Eigene Einkaufs- und Lebensgewohnheiten verändert

Dem eigenen Verhalten galt eine weitere Emnid-Frage. Die Interviewer wiesen zunächst auf die verschiedenen Warnungen vor Milch, vor Gemüse und vor Lebensmitteln aus dem Ostblock hin und fragten: „Haben Sie aufgrund dieser und anderer Warnungen in den letzten Tagen Ihre Einkaufs- und Lebensgewohnheiten verändert, oder hielten Sie das nicht für notwendig?“ Von je 100 Befragten antworteten:

„Habe meine Einkaufs- und Lebensgewohnheiten verändert“

61

„Hielt das nicht für notwendig“

39

Ihre Einkaufs- und Lebensgewohnheiten haben verändert von je 100

Männern	57
Frauen	66

Verhielten sich die Bundesbürger richtig?

Auf die Frage, wie sich nach dem Eindruck der Befragten „die meisten Bundesbürger nach dem



Reaktorunfall verhalten haben“, antworteten (in Prozent)

„Die meisten Bundesbürger hatten zuviel Sorgen und Ängste“

20

„Die meisten Bundesbürger hatten zuwenig Sorgen und Ängste“

21

„Die meisten Bundesbürger verhielten sich der Lage angemessen und richtig“

58

DER SPIEGEL



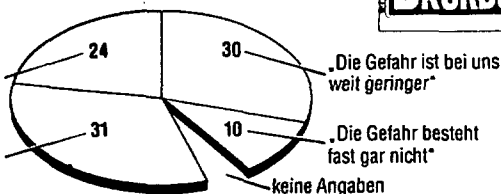
Wie groß oder gering ist die GAU-Gefahr bei uns?

Emnid fragte: „Für wie groß halten Sie die Gefahr, daß sich ein ähnlicher Unfall wie in der Sowjet-Union bei uns in der Bundesrepublik ereignet? Vier Antworten standen zur Wahl, von je 100 Befragten wählten die Antwort:



„Die Gefahr ist in der Bundesrepublik genauso groß wie in der Sowjet-Union“

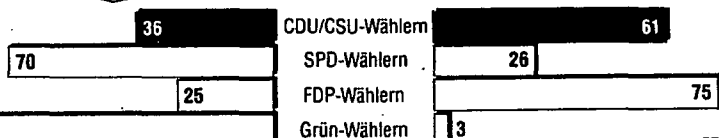
„Die Gefahr ist nicht so groß“



Die Antworten unterscheiden sich je nach politischer Einstellung. Es wählten

eine der beiden ersten Antworten (Gefahr ist „genauso groß“ oder „nicht so groß“)

eine der beiden anderen Antworten (Gefahr ist „weit geringer“ oder „besteht fast gar nicht“)

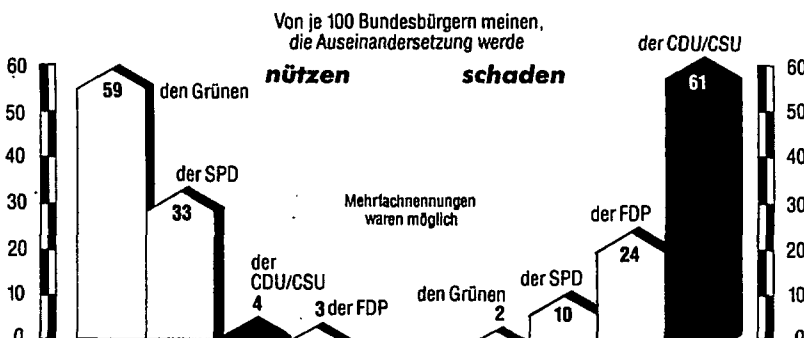


„Das Thema nützt den Grünen

und schadet der CDU/CSU“

Mit mehreren Fragen erforschte Emnid, in welchem Maße der Atomreaktor-Unfall in Tschernobyl und seine Folgen die politische Einstellung der Bundesbürger verändert hat und nach Volksmeinung verändern wird. Emnid bat darum, das politische Klima einzu-

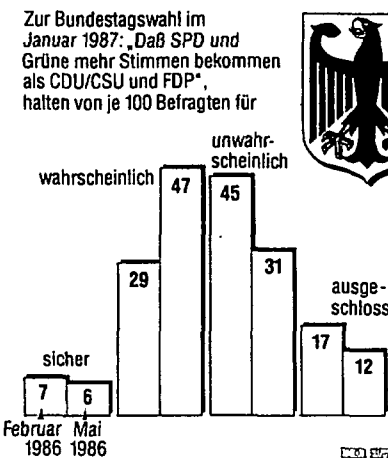
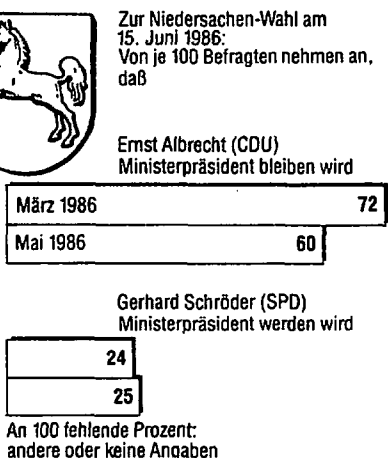
schätzen: „Es wird damit gerechnet, daß es jetzt eine politische Auseinandersetzung um die Kernenergie in der Bundesrepublik geben wird. Was meinen Sie, welcher Partei wird eine solche Auseinandersetzung nützen? Und welcher Partei wird eine solche Auseinandersetzung schaden?“



Rot-grüne Mehrheit bei der Bundestagswahl?

Die Befragten sollten sich außerdem über die Aussichten der Parteien bei zwei bevorstehenden Wahlen äußern. Beide Fragen hatte Emnid in die-

sem Jahr bereits gestellt. Der Vergleich der Ergebnisse zeigt, in welchem Maße sich nach Volksmeinung die Chancen verändert haben.



schäftigt“. Vom Weltwirtschaftsgipfel sagen dies nur 9, vom Celler Staatsloch 14, sogar vom US-Angriff auf Libyen lediglich 43 Prozent.

Und nicht etwa nur eine besorgte Minderheit, sondern beinahe eine Zweidrittel-Mehrheit änderte nach den Warnungen vor Milch und Spinat, vor Regen und Sand ihre Einkaufs- und Lebensgewohnheiten (siehe Graphiken).

Auch die Einstellung zu den Parteien hat sich in den Katastrophen-Tagen geändert.

Zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 ermittelte Emnid mit der Sonntagsfrage eine rot-grüne Mehrheit. Die SPD kann dieser Mehrheit nicht recht froh sein, wie der Vergleich mit einer Umfrage von Mitte April zeigt. Sie blieb bei 41 Prozent, und weil die CDU/CSU von 43 auf 44 Prozent kam, erhöhte sich sogar der Abstand zwischen den beiden großen Parteien. Die Mehrheit für die Opposition kam nur deshalb zustande, weil die Grünen ihren Anteil von 8 auf 9 Prozent erhöhten und weil die FDP 2 Prozent verlor und bei 5 Prozent liegt.

Weit stärker haben sich die Ansichten der Deutschen darüber geändert, wer die Bundestagswahlen im Januar 1987 gewinnen wird. Noch im Februar hielten nur 36 Prozent eine rot-grüne Mehrheit für „sicher“ oder für „wahrscheinlich“, nun sind es 53 Prozent.

Die SPIEGEL-Umfrage steht am Beginn einer Auseinandersetzung, die der Bundeskanzler für unausweichlich hält. Kohl: „Wir werden eine Riesendiskussion über Sinn und Zweck der Atomenergie kriegen.“

In der Tat ist schon heute sicher, daß es für den Bundestagswahlkampf ein neues großes Thema gibt: Wie die Deutschen mit der Kernkraft umgehen sollen.

Und darüber, wem eine solche Auseinandersetzung nützt und wem sie schadet, sind sich die Deutschen nahezu unabhängig von ihrer eigenen politischen Einstellung einig:

Daß sie den Grünen nützt, meinen 59 Prozent der Bundesbürger insgesamt. Die Wähler der CDU/CSU, der SPD und der FDP stimmen in dieser Prognose überein: 61, 65 und 66 Prozent ermittelte Emnid für diese Teilgruppen.

Umgekehrt sind 61 Prozent der Bundesbürger insgesamt und 60 Prozent der Unionsanhänger davon überzeugt, daß der CDU/CSU Schaden droht.

Die Antworten auf die Emnid-Fragen zeigen, daß weitaus die meisten Bundesbürger sich nicht von Emotionen zu flüchtigen Ansichten verleiten lassen und daß sie sich frei von Panik und Hysterie ihre Meinung gebildet haben.

Als sich die 1000 Männer und Frauen zum Beispiel darüber äußern sollten, ob sich ein ähnlicher GAU wie in der Sowjet-Union auch in der Bundesrepublik ereignen könne, erklärten nur Minderheiten die Gefahr für „genauso groß“

„Bonn hat die Folgen heruntergespielt“

Emnid fragte: „Der Bonner Regierung wurde von Kritikern vorgeworfen, sie habe anfangs die möglichen Folgen des Reaktorunfalls in der Sowjet-Union zu sehr heruntergespielt. Halten Sie diesen Vorwurf für berechtigt?“

Von je 100 Befragten erklärten:

„Der Vorwurf ist berechtigt“

50

„Der Vorwurf ist nicht berechtigt“

48

Den Vorwurf, die Regierung habe anfangs die Folgen „zu sehr heruntergespielt“, erklärten für berechtigt von je 100

80 CDU/CSU-Wählern

SPD-Wählern 68

FDP-Wählern 45

Grün-Wählern 87

oder für fast gleich Null. Die meisten entschieden sich für differenzierende Antworten („nicht so groß“ oder „weit geringer“).

Wie stark die Bataillone sind, mit denen die Parteien in die Auseinandersetzung um die Atomkraft gehen, läßt sich an den Emnid-Zahlen ermessen.

Abgesehen von der FDP, die zu diesem Thema kaum von sich hören läßt, haben die Bundestagsparteien ihren Kurs schon abgesteckt.

Insbesondere Kanzleramts-Chef Wolfgang Schäuble und der niedersächsische Regierungschef Ernst Albrecht sprachen sich für den weiteren Ausbau der Kernenergie aus. Könnte Bonn allein entscheiden, so ginge laut Schäuble der Schnelle Brüter im niederrheinischen Kalkar noch in diesem Jahr ans Netz, und die Wiederaufarbeitungs-

anlage im bayrischen Wackersdorf würde gebaut.

Die führenden SPD-Politiker, vom Vorsitzenden Brandt und vom Kandidaten Rau bis zu den Länderchefs Lafontaine und Börner sprachen sich in den letzten Tagen gegen den weiteren Bau von Kraftwerken und für den Ausstieg aus der Kernenergie nach einer Übergangsfrist aus, wie ihn kurz vor der Katastrophe von Tschernobyl der Parteivorstand beschlossen hatte.

Beiden Parteien auf ihrem Kurs, dann werden Kalkar und Wackersdorf zu zentralen Themen des Wahlkampfes.

Die Funktionäre der Grünen, sonst über fast jede Frage zerstritten, zeigen sich einig, sie fordern die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke.

Die SPD hat die geringsten, die CDU/CSU die größten Probleme. Die meisten SPD-Anhänger bejahen – wie ihre Partei – den Rückzug aus der Atomenergie, die meisten Unionswähler sind – anders als ihre Partei – gegen den Bau neuer Kraftwerke. Überdies sind unter den Unionsanhängern die Meinungen darüber geteilt, ob die bestehenden Kraftwerke auf Dauer oder nur für eine Übergangszeit in Betrieb bleiben sollen.

Auf ihrem totalen Anti-Atom-Kurs können sich die Grünen ihrer Anhänger durchaus nicht so sicher sein, wie es gemeinhin vermutet wird. Zwar sind fast alle gegen den Bau weiterer Kraftwerke, aber ein allmählicher Ausstieg ist unter den Grün-Wählern populärer als die sofortige Stilllegung aller Reaktoren.

Im bevorstehenden Wahlkampf werden alle Ansichten pro und contra Kernkraft einem Härte-test unterzogen werden. Wie auch immer er ausgeht, der

Ausstieg durch Volksbegehren?

Emnid fragte: „Die Grünen wollen in Nordrhein-Westfalen Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln, das den Ausstieg aus der Kernenergie verlangt. Würden Sie sich einem solchen Volksbegehren in Ihrem Bundesland anschließen, oder würden Sie sich dem nicht anschließen?“

Es würden von je 100 Bundesbürgern sich an einem Volksbegehren beteiligen

35

nicht beteiligen

63

Beteiligen würden sich von je 100

100 CDU/CSU-Wählern

SPD-Wählern 53

10 FDP-Wählern

Grün-Wählern 95

Schock der Tage von Tschernobyl sitzt tief. Nach dem Erlebnis einer Gefahr, die mit keinem der fünf Sinne wahrzunehmen ist, wird nichts wieder so wie vorher sein.

Früher kam es des öfteren vor, daß Emnid und andere Institute ihren Auftraggebern in ein und derselben Umfrage mal eine Mehrheit für, mal eine Mehrheit gegen neue Kernkraftwerke meldeten. Das hing davon ab, wie gefragt wurde, entweder ganz allgemein oder aber speziell, ob man mit dem Bau eines Reaktors „in der Nähe der eigenen Wohnung“ einverstanden sei.

Da werden die meisten Deutschen nun keinen Unterschied mehr machen, nachdem ihnen aus dem 1300 Kilometer entfernten Tschernobyl die radioaktiven Strahlen vor die eigene Wohnungstür geweht wurden.

Von fünf Ereignissen weitaus das Wichtigste

Die Emnid-Interviewer nannten fünf „Ereignisse der letzten Zeit“ und baten um Antworten anhand

einer Skala mit sechs Werten: „Die '1' bedeutet, daß Sie das Ereignis gar nicht beschäftigt hat, die

'6' bedeutet, daß Sie das Ereignis in besonderem Maße beschäftigt hat“.

Von je 100 Befragten entschieden sich für den höchsten Wert beim Thema

„Angriff der USA auf Libyen“

43



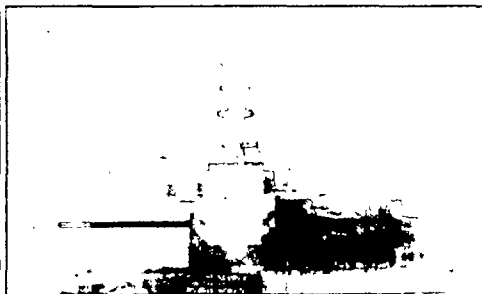
Weltwirtschaftsgipfel in Tokio

9



„Atomreaktor-Unfall in der Sowjet-Union“

85



Wie sehr das Thema „Atomreaktor-Unfall in der Sowjet-Union“ weitaus die meisten Bundesbürger beschäftigt, zeigt die Verteilung der Antworten auf die sechs Gruppen:

„beschäftigt mich nicht“

„beschäftigt mich in besonderem Maße“

1	2	3	4	5	6
-	-	1	4	10	85

„Streit um den Streik-Paragrafen 116“

16



„Aufdeckung, daß ein Sprengstoffanschlag auf die Strafanstalt in Celle in staatlichem Auftrag durchgeführt wurde“

14



DER SPIEGEL